

Unter Waffenbrüdern

Rüstung Verteidigungsministerin von der Leyen will die engen Bande zwischen Ministerium und Heckler & Koch kappen. Sie riskiert, vom Sog der G36-Affäre mitgerissen zu werden.

Im Verteidigungsministerium nannten sie ihn „den Cowboy“, und diesen Spitznamen verdankte der 59-jährige Mann seiner Angewohnheit, zum Anzug eine silberne Gürtelschnalle und Stiefel zu tragen, so als wäre die Bonner Hardthöhe ein Saloon. Zum Westernhelden taugt Detlef Selhausen allerdings nicht mehr. Denn es gibt da eine Gegnerin, die noch schneller schießt als er.

Sie heißt Ursula von der Leyen, und ihr Schuss traf den Ministerialbeamten am vergangenen Montagmittag. Da bekam der ehemalige Leiter der Rüstungsabteilung im Verteidigungsministerium unangenehme Post. Der einst mächtige Strippenzieher wurde überraschend ohne Begründung von seinem Posten als Geschäftsführer des Fuhrparks der Bundeswehr abberufen. Es war das Ende einer langen Karriere im Verteidigungsministerium. Selhausen ist vermutlich nur das erste Opfer einer neuen Phase der Affäre um die engen Bande zwischen dem schwäbischen Waffenhersteller Heckler & Koch und dem Verteidigungsministerium. Ministerin von der Leyen will sich zwar als schonungslose Aufklärerin präsentieren. Aber mit jeder neuen Windung wird die Affäre auch zu der ihren. Das zeigt der Fall Selhausen.

Der Beamte wurde gefeuert, weil er zusammen mit Heckler & Koch versucht hatte, den Militärgesheimdienst MAD gegen Journalisten in Stellung zu bringen, die kritisch über das Gewehr G36 berichtet hatten. Von der Leyen will von diesem Vorgang erst aus der Presse erfahren haben, also vergangene Woche. Doch schon im März 2014 ging in ihrem Büro ein Bericht ein, der Präzisionsprobleme des G36 beschrieb — und den Hinweis enthielt, dass Selhausen und Heckler & Koch ein Vorgehen des MAD gegen missliebige Journalisten gefordert hatten.

Eine eigene Taskforce unter Leitung von Staatssekretär Gerd Hoofe soll nun das Beziehungsgeflecht zwischen Heckler & Koch und dem Verteidigungsministerium durchleuchten. „Alles muss jetzt auf den Tisch“, sagt einer der Vertrauten in von der Leyens Ministerium, „sonst werden wir das Thema nie wieder los.“ Die Ministerin hat sich entschlossen, die Büchse der Pandora zu öffnen. Die Affäre

ist groß genug, einen Minister aus dem Amt zu reißen. Aber sie hofft, dass am Ende die Verantwortung bei ihrem Vorgänger Thomas de Maizière gesucht wird. Schon jetzt bindet die Untersuchung enorme Kräfte. Aus fast allen Abteilungen werden Mitarbeiter abgezogen, sie erstellen lange Chronologien, sammeln aus den verästelten Bereichen des Hauses alle verfügbaren Papiere zum G36 und zu anderen Kleinwaffen zusammen, sprechen mit Beteiligten. Jedem Verdacht, der in der Vergangenheit kleingeredet wurde, soll nun noch einmal nachgegangen werden. Von der Leyens Sprecher will auch Korruption nicht mehr ganz ausschließen. Als erste Aufgabe soll die Taskforce die „Beziehungen im Verhältnis der Dienststellen der Bundeswehr zum Unternehmen Heckler & Koch“ untersuchen. Sie soll alle

„kollusiven Kontakte“ auflisten. So wird es in der Amtssprache genannt, wenn sich Ministeriumsbeamte außerhalb der Dienstzeit mit Managern von Heckler & Koch treffen. Filz zwischen der Waffenschmiede und dem Ministerium, so der Verdacht, habe dazu geführt, dass Probleme vertuscht und verschwiegen wurden. Begonnen hat es schon vor der Beschaffung Mitte der Neunzigerjahre. Eigentlich hätte das G36 1993 nicht zur Auswahlentscheidung zugelassen werden sollen, weil es nicht wie ausdrücklich gefordert zu den „bereits auf dem Markt befindlichen Waffen“ gehörte. Wesentliche Patente für die Waffe hatten die Oberndorfer erst im April 1996 angemeldet. „Die Liste der Ungereimtheiten und neuen Fragen beim G36 wird immer größer“, klagt Grünen-Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger.



**Gewehrproduktion bei Heckler & Koch
Kollusive Kontakte im Visier**

Aber auch mit anderen Handwaffen gibt es Probleme, etwa bei der Pistole P8. Fast ein Jahrzehnt lang wussten die verantwortlichen Stellen um die Gefahr, die von der Standardpistole der Bundeswehr ausgeht — nicht für die Person, auf die mit ihr geschossen wird, sondern für den Schützen selbst. Die P8 wird von der Bundeswehr mit Patronen bestückt, die im Lauf einen viel zu hohen Gasdruck freisetzen. Lange glaubten die Verantwortlichen des Verteidigungsministeriums, das sei in Ordnung: Sie hatten schließlich die Patronen bewusst gewählt, weil sie die Schutzwesten von Angreifern durchschlagen sollen. Allerdings ging man davon aus, dass die militärische Version der Pistole anders als die zivile Variante der Waffe so konstruiert worden sei, dass sie den hohen Kräften beim Schuss standhält. Doch der Lauf von ziviler und militärischer P8 ist offenbar exakt gleich — daher die Gefahr für den Schützen. Herausgefunden hat das ein misstrauischer Beamter im Wehrbeschaffungsamt in Koblenz. Statt Lob erhielt er von seinen Vorgesetzten eine Vorladung zum Psychiater.



Es spricht auch einiges dafür, dass die Pistolen von den Bundeswehrprüfern nur äußerst nachlässig, teilweise gar nicht, kontrolliert wurden. Im Heckler-&-Koch-Werk in Oberndorf ist dafür eine Außenstelle des Wehrbeschaffungsamts, die sogenannte Güteprüfstelle, zuständig. Der kritische Beamte meldete Indizien dafür, dass die Gütesiegel, mit denen die Waffen nach der Prüfung versehen werden, vom Hersteller selbst aufgestempelt wurden. Von tausendfacher „Falschbeurkundung“ schreibt der Beamte an die Ministerin. Wer nach Belegen für diesen Verdacht sucht, wird in den Quartalsberichten der Güteprüfstelle in Oberndorf fündig. Für das Quartal IV des Jahres 2011 etwa steht da der schlichte Satz, bei Teilen des Gewehrs G28 habe man „aus Termingründen auf die Güteprüfung verzichtet“. Das Fachteam des zuständigen Referats habe dem ausdrücklich zugestimmt. Heckler & Koch wiederum war stets bemüht, die Beamten im Verteidigungsministerium bei guter Laune zu halten, die Firma sponserte Treffen alter Bundeswehrkameraden. In trauter Runde gelang es, dass Ausschreibungsverfahren offenbar so formuliert wurden, dass sie nur auf Produkte von Heckler & Koch passten. Im Jahr 2010 etwa sollte ein neues Scharfschützengewehr beschafft werden, und zwar auf Basis des alten Heckler-&-Koch-Modells G3. Ein kleiner Waffenhersteller aus Siegen bekam Wind von dem Vorhaben und bot ein eigenes Produkt an. Die Antwort auf sein Gebot aus dem Ministerium war eine Ablehnung, ein Satz darin lautete: „Eine Waffe auf der Basis der G3 kommt für die Bundeswehr nicht in Betracht.“ Dabei hatten sich Vertreter des Ministeriums mit Heckler & Koch bereits Wochen zuvor auf genau diese Lösung verständigt. Die Siegener klagten, und eine Staatsanwältin aus Bonn ermittelte. In ihren Akten heißt es: „Die zeitliche Abfolge lässt nur den Schluss zu, dass man sich schon vor offizieller Auftragsvergabe mit dem Auftragnehmer (Heckler & Koch GmbH) geeinigt hatte.“ Bei ihren Ermittlungen stieß die Staatsanwältin auf eine Mauer des Schweigens. Akten wurden ihr nicht übermittelt und wenn doch, dann nur mit großer Verspätung. Einmal riss ihr der Geduldsfaden. Sie wurde persönlich im Verteidigungsministerium vorstellig, um endlich an die Akten heranzukommen. Sie staunte nicht schlecht, was darin vermerkt war. So hatte die Abteilung Selhausens bei Heckler & Koch extra für den Umbau der Waffe neue Magazine, Magazintaschen und Reinigungsgeräte bestellt. Dabei hatte eine Abfrage ergeben, dass in den Bundeswehrdeposits Tausende dieser Ersatzteile lagerten, viele fabrikneu.



Verteidigungsministerin von der Leyen Die Büchse der Pandora geöffnet

Auch die Beschaffung des neuen Standard-Maschinengewehrs der Bundeswehr wird von der Leyen noch Sorgen bereiten. 200 Millionen Euro soll das Projekt kosten, kassieren wird Heckler & Koch. Das Gewehr des Typs MG5 stelle sich bisher als „sehr funktionsfähige und zuverlässige Waffe dar“, verkündete stolz von der Leyens Staatssekretär im vergangenen Sommer auf Anfrage der Grünen. Dabei hatte schon vor Monaten ein Beamter Alarm geschlagen und geraten, „das Vergabeverfahren aufzuheben“ und neu auszuschreiben. Wiederholt sich die Affäre G36 also, nur dass es dieses Mal um das MG5 geht? Offenbar hat die Rüstungsabteilung des Ministeriums auch in diesem Fall Mitbewerber aus dem Rennen gekegelt, sodass Heckler & Koch als alleiniger Bieter übrig geblieben ist. In dem internen Schreiben vermerkt der Beamte, wie das gelungen sein könnte: Man habe „eine Sicherheitsforderung“ in die Ausschreibung aufgenommen, die das belgische Konkurrenzmodell ausbootete. Bei den anschließenden Vertragsverhandlungen scheint Heckler & Koch dann die Bedingungen diktiert zu haben. Der Beamte jedenfalls ist mit dem Verlauf der Verhandlungen nicht zufrieden und notiert, es sei ein „in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu keinem für den Bund forderungsgerechten Ergebnis“ gekommen. Mit anderen Worten: Heckler & Koch hat das Ministerium über den Tisch gezogen. Das wird zu klären sein. Doch die Fragen reichen noch weiter. Das Ministerium hatte angeordnet, dass in den vergangenen Jahren Dutzende Tonnen des derzeit verwendeten Maschinengewehrs MG3 verschrottet wurden. So wurde der Druck erhöht, schnell ein neues Maschinengewehr zu beschaffen. Heckler & Koch kann das nur recht sein. Die Firma operiert seit einiger Zeit am Rande der Insolvenz, das MG5 ist wie einer der letzten Strohhalme. So könnte die Operation der Chefmittlerin von der Leyen einen Kollateralschaden nach sich ziehen: den Exitus der Waffenschmiede aus Oberndorf.

Matthias Gebauer, Jörg Schmitt, Gerald Traufetter